

REGIERUNGSRATSKANDIDATIN CHRISTINE GROGG

Eine Brückenbauerin für den Kanton Bern

Bei den Regierungswahlen vom 27. März 2022 steigt die EVP mit der Oberaargauer Bäuerin und Grossrätin Christine Grogg ins Rennen. Als echte Mittelpolitikerin will sie in der Regierung Brücken zwischen den politischen Blöcken schlagen und sich generell für mehr Miteinander im Kanton einsetzen.



Christine Grogg (www.christinegrogg.ch) arbeitet in der therapeutischen Wohngemeinschaft Längmatt in Bützberg mit.



Du bist als Bäuerin, Lehrerin, Coach und Grossrätin vielfältig unterwegs. Wie sieht dein Berufsalltag aus?

Meine politische Arbeit mit all den damit zusammenhängenden Engagements in Kommissionen, Stiftungen und Verbänden macht den Hauptteil meines Alltags aus. Zwischen den Sessionen hüte ich regelmässig meine Enkelkinder und helfe in unserem Betrieb mit, soviel wie es die Zeit eben zulässt. Während

den Grossratssessionen bleibt kaum Zeit für anderes. Meine Berufe als Bäuerin, als Lehrerin und als Coach kann ich nicht mehr im gewohnten Rahmen ausüben. Die vielfältigen und reichen Lebenserfahrungen jedoch, die ich darin gemacht habe, sind für meinen politischen Alltag unglaublich wertvoll.

Was zeichnet dich für das Amt als Regierungsrätin aus?

Als ehemalige Gemeinderätin

kenne ich die Aufgabe und Rolle als Mitglied einer Exekutive. Durch meine Parlamentsarbeit im Grossen Rat durfte ich einen Einblick in die alltäglichen Geschäfte und Pflichten der Kantonsregierung gewinnen. Mein vielfältiger beruflicher Hintergrund und meine Tätigkeiten in unterschiedlichsten Bereichen haben mir ein breites Fach- und Hintergrundwissen ermöglicht. Loyalität, Kollegialität und eine Vorbildfunktion als Mitglied einer

Kantonsregierung sind für mich selbstverständlich.

Was ist dein Herzensanliegen für den Kanton Bern?

Dass wir dem inneren Wachstum unseres Kantons mindestens den gleichen Wert beimessen wie dem äusseren Wachstum. Unser wertvollstes Gut ist der Mensch. Unser Kanton soll ein Ort sein, wo bestmögliche soziale und ökonomische Rahmenbedingungen und eine hindernisfreie Bildung für alle existieren. Geht es unseren Bürgerinnen und Bürgern gut, hat das positiven Einfluss auf die Wirtschaft, die Umwelt und die Gesellschaft.

Interview: Philippe Messerli

AZB 3001 Bern
DIE POST

Neuer Mitgliederrekord

Simone Leuenberger aus Uettiligen (Gemeinde Wohlen) ist Gymnasiallehrerin und Behindertenrechtlerin. Und sie ist das 1525. Mitglied der EVP Kanton Bern. Herzliche Gratulation. So viele Mitglieder hatte unsere Partei in ihrer 102-jährigen Geschichte noch nie.

EVP BE



Christine Grogg – une médiatrice pour le canton

Lors des élections au Conseil-exécutif du 27 mars 2022, le PEV entre en lice avec Christine Grogg, agricultrice haut-argovienne et députée au Grand Conseil. En tant que véritable centriste, elle souhaite bâtir des ponts entre les blocs politiques au sein du gouvernement et, de manière générale, œuvrer pour plus de cohésion dans le canton de Berne.

PEV BE

Wenn frau mal muss ...

Genau das passierte mir vor 25 Jahren in einem amerikanischen Einkaufszentrum.



Mit meinem Schweizer Horizont ging ich schnurstracks zur Information und fragte nach einem Behinderten-WC.

Wegen einer Muskelkrankheit bin ich auf den Rollstuhl und somit auf ein grösseres WC angewiesen. Die Frau hinter der Theke schaute mich verständnislos an, zeigte mit der Hand und meinte mit grosser Selbstverständlichkeit: «Die WCs sind dort drüben!» Etwas verdutzt machte ich mich auf den Weg, war und bin ich es doch gewohnt, dass es an öffentlichen Orten kein WC für mich gibt. Ist eines vorhanden, dann häufig an einem separaten Ort und mit einem Schlüssel abgeschlossen, den ich mir erst beschaffen muss. Nicht so in den USA. Mitten unter den anderen WCs war eines, das auch ich benutzen konnte. Ganz selbstverständlich. Diese Selbstverständlichkeit vermisse ich in der Schweiz. Fehlende WCs sind nur ein Beispiel dafür, dass wir Menschen mit Behinderung von der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Dabei sagte Gott bereits zu den Israeliten: «Legt einem Blinden kein Hindernis in den Weg!» (3. Mose 19,14). Das macht mir Mut, mich für die Anliegen von uns Behinderten einzusetzen. Gemäss Bundesamt für Statistik machen wir 20% der Bevölkerung aus. Wir sind aber in Parlamenten und Regierungen kaum vertreten. Das muss sich ändern. Deshalb kandidiere ich für den Gemeinderat von Wohlen und den Grossen Rat.

Simone Leuenberger, Wohlen

Greifen Sie zur EVP-Liste!

Im November kämpft die EVP in vielen Gemeinden um die Sicherung ihrer Mandate und mögliche Sitzgewinne. Am besten unterstützen Sie die EVP, wenn Sie deren Liste unverändert einlegen.

In Studen engagiert sich die EVP am 7. November für die Wiederwahl von Gemeinderat Stefan



Gerber. Zudem hat EVP-Mitglied Margrit Gyr auf der überparteilichen Liste eine realistische Chance auf einen Gemeinderatssitz.

Gleichtags verteidigt die EVP Frutigen den Sitz von EVP-Gemeinderat Markus Grossen. Er wird unterstützt



von einer starken Liste mit sieben Kandidierenden.



Am 14. November setzt sich die EVP in Büren für die Wiederwahl von Gemeinderätin Barbara Stotzer sowie für ein Mandat

in der Baukommission ein.

Am 28. November wird in Fraubrunnen, Jegenstorf, Münsingen sowie in Wohlen gewählt. Die EVP Fraubrunnen kämpft mit Lukas Rentsch um den Einzug in den Gemeinderat.



Die EVP Münsingen will den Sitz von Werner Fuchser im Gemeinderat sowie die vier Parlamentssitze verteidigen.



In Jegenstorf engagiert sich die EVP mit Vanessa Staub um die Verteidigung ihres Sitzes in der Exekutive sowie ihrer Mandate in den Kommissionen.



In Oberdiessbach kämpft die EVP nach den erfolgreichen Gemeinderatswahlen mit ihrer Gemeinderätin Jasmine Hari im zweiten Wahlgang um das Gemeindepräsidium.



In Wohlen tritt die EVP mit einer starken Liste bei den Gemeinderatswahlen an. Als Spitzenkandidatin stellt sich die Gymnasiallehrerin und Behindertenrechtlerin Simone Leuenberger (vgl. Editorial links auf dieser Seite) zur Wahl.

Lukas Zimmermann-Oswald

Die EVP braucht Ihre Unterstützung

Am 27. März 2022 werden der Grosse Rat und der Regierungsrat neu gewählt. Ziel der EVP ist es, mindestens die zehn bisherigen Grossratsmandate zu verteidigen. Die Wahlvorbereitungen laufen bereits auf Hochtouren. Zur Finanzierung der kantonalen Wahlen und der

Parteiarbeit benötigen wir im Jahr 2021 total 170 000 Franken an Spenden. Ihre Unterstützung hilft mit, dass die EVP die zentralen politischen Weichenstellungen auch in Zukunft mitprägen kann.

EVP Kanton Bern, PC 30-20312-1

Stand 30.9.2021
112 233.-



Unser Ziel:
170 000.-



Parolen zum 28. Nov. 2021

- Pflegeinitiative JA
- Justiz-Initiative NEIN
- Covid-19-Gesetz JA

Infos: www.evp-be.ch und www.evpev.ch/abstimmungen

WERBUNG

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern
Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

HINE ADON
HOTEL APARTHOTEL
HINEADON.COM

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

Der Pflegenotstand ist Realität

Der Applaus auf dem Balkon für die Pflegefachpersonen ist uns allen noch präsent. Nach dieser empathischen Aktion geht es nun darum, die Ursachen des heutigen Mangels an Pflegepersonal an der Wurzel zu packen und dabei Folgendes zu beachten:

- Der wachsende Pflegebedarf: Die Zahl der über 65-Jährigen wächst und auch jene der chronisch und mehrfach erkrankten Menschen wird zunehmen.
- Der Fachkräftemangel: Bis 2030 brauchen wir zusätzlich 65 000 Pflegenden.

- Die geringe Verweildauer im Beruf: 40% der Pflegefachkräfte verlassen den Beruf vorzeitig.

Die Pflegeinitiative verfolgt als Mittel dagegen vier Kernanliegen: durch eine Ausbildungssoffensive mehr Pflegenden (Aus- und Weiterbildung finanziell unterstützen); bessere Anstellungsbedingungen zum Verhindern von Berufsausstiegen (Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Freizeit); genügend Pflegenden auf allen Abteilungen zur Verbesserung der Pflegequalität und Arbeitszufriedenheit; eigenverantwortliches Abrechnen typischer pflegerischer Leistungen. Der indirekte Gegenvorschlag

des Parlaments greift zu kurz. Er konzentriert sich nur auf Investitionen in die Ausbildung während acht Jahren und die eigenständige Leistungsabrechnung. Damit ist der Pflegenotstand nicht zu verhindern.



Margret von Bergen

Die Stärkung der Pflege lohnt sich. Deshalb ein klares **Ja zur Pflege-Initiative!**

Margret von Bergen,
Grossrätin, Uetendorf

Das sagen Pflegepersonen

Die Leistungen der Pflege sind in der Gesundheitsversorgung essenziell. Gleichzeitig nehmen die Ansprüche und Anforderungen an die Betreuung stetig zu. Damit der Pflegeberuf Perspektiven bietet, muss er den Stellenwert erhalten, der ihm gebührt.

Marcel Röthlisberger
Experte Pflege, Inselspital

Die Krankheitsbilder in der Langzeitpflege und die Anforderungen an die Pflegefachpersonen sind stetig komplexer geworden. Die Pandemie hat die Mängel im Gesundheitswesen hervorgehoben – jetzt können wir reagieren. Deshalb: Ja zur Pflegeinitiative.

Anita Lüthi-Gertsch
Fachexpertin Pflege, Dipl. Pflegefachfrau HF, Dipl. Gerontologin

Bei der Pflege und Betreuung von Menschen mit einer Demenz sehe ich immer wieder, wie wichtig es ist, dass genügend Pflegepersonen vorhanden sind. Damit dies möglich ist, braucht es gute Arbeitsbedingungen!

Adrian Rüttsche, Fachmann Gesundheit

Zweite Abstimmung zum Covid-19-Gesetz

Im Juni 2021 hat das Stimmvolk nach einem ersten Referendum das Covid-19-Gesetz mit 60 % gutgeheissen. Damals ging es um ein umfassendes Wirtschaftspaket. Am 28. November stimmen wir erneut darüber ab, allerdings nur über die neuen Teile des Gesetzes, die im März 2021 vom Parlament geändert worden waren.

Gegen diese Änderungen wurde ebenfalls das Referendum ergriffen, wobei sich die Gegnerschaft vor allem gegen das Covid-Zertifikat wehrt, das nach dem 3G-Prinzip (genesen, geimpft, getestet) ausgestellt wird und Auslandsreisen sowie grössere Veranstaltungen wieder möglich machen soll. Andere Änderungen betreffen die Ausweitung

der Finanzhilfen auf Selbstständige oder Kunstschaffende, den Ausbau des Contact Tracings und die Möglichkeit, Covid-Tests vom Bund zu fördern und zu finanzieren. Des Weiteren wird der Bund aufgefordert, die Kantone besser in seine Krisenpolitik einzubinden und die Pandemieeinschränkungen so mild und so kurz wie möglich zu halten.

Die Delegierten der EVP Schweiz sagten deutlich ja zu diesen Änderungen, die als dringliches Gesetz unmittelbar in Kraft getreten waren.



Melanie Beutler

Melanie Beutler-Hohenberger,
Grossrätin, Gwatt

Demokratische Verankerung geht nicht per Los

Die Justiz-Initiative fordert eine Wahl der Bundesrichter/innen im Los-Verfahren. Der Prozess der Richterwahlen, egal auf welcher Stufe, ist im Kontext unseres demokratischen Rechtsstaates zu betrachten. Auch Befürworter eines biblisch begründeten Losverfahrens müssen deshalb bedenken: Ein Richter ist im schweizerischen System kein

göttliches Sprachrohr, sondern ein demokratischer Vertreter der Bevölkerung. Die Berücksichtigung der Regionen und des Parteienproporz und auch die Wahl



Hans Kipfer

durch Volksvertreter bringen dies zum Ausdruck. Der Parteienproporz kommt zudem erst zur Geltung, wenn Kandidierende als geeignet befunden wurden.

Es ist wichtig, dass die Justiz im Gleichgewicht mit Legislative und Exekutive eine sehr hohe Unabhängigkeit hat – dies ist im heutigen System gewahrt. Ein

Systemwechsel zum Losglück würde die demokratische Legitimation beenden, die Akzeptanz der Urteile schmälern und so die Justiz als solche schwächen.

Die EVP empfiehlt die Justiz-Initiative abzulehnen.

Hans Kipfer,
Grossrat, Münsingen

Breites Themenspektrum im Kantonsparlament

In der Herbstsession des Grossen Rates befassten sich die EVP-Grossratsmitglieder unter der umsichtigen Führung von Fraktionspräsident Markus Wenger mit einer Vielzahl von Themen.

In der Debatte zum Bericht über die bernische Spitallandschaft forderte **Tom Gerber** als Sprecher der Geschäftsprüfungskommission eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit unter den Leistungserbringern im Gesundheitsbereich. **Margret von Bergen** setzte sich mit einer Motion erfolgreich dafür ein, dass in der stationären Altersarbeit der Mehraufwand an Betreuungsleistungen für Menschen mit einer schweren Demenz ausreichend abgegolten wird.

Barbara Streit setzte sich erfolgreich für eine Erhöhung der Beiträge an das Archiv zur Geschichte

der schweizerischen Frauenbewegung (Gosteli-Stiftung) ein. Damit soll der Fortbestand dieser bedeutenden Forschungseinrichtung gesichert werden.

Philippe Messerli

sprach sich mit Blick auf die zunehmende Überalterung der Gesellschaft dafür aus, dass junge Menschen bereits

mit 16 Jahren das aktive Stimmrecht auf kommunaler und kantonaler Ebene ausüben dürfen.



Philippe Messerli

Christine Grogg und Melanie Beutler engagierten sich in der Debatte zum Familienbericht für eine Weiterentwicklung der kantonalen Familienpolitik. Die Ratsmehrheit lehnte jedoch aus finanziellen Gründen weitergehende Massnahmen zur Stärkung der ökonomischen und pädagogischen Ressourcen der Familien ab.

Erfolgreich war **Tabea Bossard-Jenni** mit ihrer Motion zur Priorisierung von Fördergeldern für eine erfolgreiche Energiewende. So sollen Neubauten auf der grünen Wiese weniger stark gefördert werden als Sanierungen bestehender Bauten.

Ebenfalls von Erfolg gekrönt war der Einsatz von **Hanspeter**

Steiner zugunsten einer klimafreundlichen Mobilität. Sein Postulat zur Schaffung genügender Ladestationen für Elektrofahrzeuge wurde vom Grossen Rat ebenso angenommen wie sein Prüfauftrag, wie mit wasserstoffbetriebenen Brennstoffzellen ein Beitrag zur Dekarbonisierung im öffentlichen Verkehr geleistet werden könnte.

2011 wurden mit einer Reform die Selbstverwaltung und Unabhängigkeit der Justiz gestärkt. **Hans Kipfer** unterstützte das Vorhaben, diese vor zehn Jahren in Kraft getretene Reorganisation auch auf Verfassungsebene abzubilden.

Philippe Messerli,
Grossrat, Nidau

GEMEINDERATSWAHLEN IM SEELAND

Was Exekutivmitglieder beschäftigt

Gemeinderätin Barbara Stotzer aus Büren an der Aare und Vize-Gemeindepräsident Stefan Gerber aus Studen stellen sich zur Wiederwahl. Im Interview berichten sie über ihre politischen Tätigkeiten und Ziele.

Was gefällt dir an deiner Arbeit im Gemeinderat?

Barbara Stotzer: Es begeistert mich, die Entwicklung von Büren mitzugestalten. Als Gemeinderätin befasse ich mich mit einer Vielzahl von Themen, die meist eine direkte oder indirekte Auswirkung auf das Zusammenleben im Städtli haben. Deshalb ist es mir wichtig, bei Entscheiden stets die Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner vor Augen zu haben.

Stefan Gerber: Ich schätze die wohlwollende Zusammenarbeit

in meinem Ressort Bildung sehr. Dazu gehört der enge Austausch mit der Schulleitung. Dies ist zwar bei der Grösse unserer Schule (rund 700 Schüler/innen) und aktuellen Herausforderungen wie Corona eine intensive, aber auch schöne Arbeit.

Welches Thema hat dich in der laufenden Legislatur besonders beschäftigt?

Barbara Stotzer: Als Ressortvorsteherin Bau und Planung war ich stark mit der Revision der Ortsplanung beschäftigt. Deren Inkraftsetzung hat sich jedoch aufgrund von Gesetzesänderungen auf Bundesebene verzögert. Politische Prozesse erfordern Geduld und Ausdauer. Deshalb freut es mich besonders, dass die Bevölkerung dem Projekt Tagesschule im Kocher-Büetiger-Haus zugestimmt hat. Somit zieht wieder neues Leben in das historische Gebäude ein.

Stefan Gerber: Als Präsident der Spezialkommission «EINE Schule» durfte ich die Zusammenführung von Primarschule und Oberstufe in eine Schulorganisation mitgestalten. Dieser Prozess lief nicht ohne Nebengeräusche ab. So war es ein schöner Erfolgsmoment, als die Gemeindeversammlungen der drei Dörfer dem Projekt deutlich zustimmten.

Welche Wünsche hast du für die Zukunft deiner Gemeinde?

Barbara Stotzer: Ich wünsche mir lebhaft und respektvolle Auseinandersetzungen und Diskussionen rund um die Gestaltung unserer Gemeinde. Als EVP-Politikerin sehe ich mich als Brückenbauerin. Im Städtli sollen sich die unterschiedlichsten Menschen zuhause fühlen.

Stefan Gerber: Ich wünsche mir, dass Studen auch in Zukunft



Barbara Stotzer

Stefan Gerber

ein beliebter Wohnort mit einem attraktiven Schul- und Freizeitangebot sein wird. Und ich wünsche mir einen verantwortungsvollen Gemeinderat, der die entsprechenden Rahmenbedingungen und Visionen dafür schafft.

Interview: Philippe Messerli

Die EVP im Internet

Infos zu Anliegen und Aktivitäten der kantonalen, schweizerischen und Jungen EVP (*jevvp) finden Sie auf:

- www.evp-be.ch
- www.evpev.ch
- www.jevp.ch

Rebecca Renfer, Münsingen

Die 27-jährige Rebecca Renfer ist aktuell Parlamentspräsidentin von Münsingen und kandidiert am 28. November w. Sie studiert Geschichte und Englisch und arbeitet als Generalsekretärin der *jevp Schweiz. Ihre Freizeit verbringt die Parlamentarierin mit Tanz, Kultur und Gemeinschaftsleben.

Wofür schlägt dein Herz besonders und möchtest du dich einsetzen?

Für eine generationen- und umweltfreundliche Politik, die sich am Wohl der Schwächsten orientiert. Ich beschäftige mich mit Fragen der Inklusion von Menschen mit Behinderung, der Familien, Bildung und Kultur und engagiere mich für die Sensibilisierung in Fragen der Flüchtlings- und Einbürgerungspolitik, des Menschenhandels und der Ausbeutung.

Hilft dir dein Christsein in der Politik?

Ja. Mich tragen und begleiten in allen Fragen die Beziehung mit Gott, der persönliche Glaube und ein starkes Umfeld an Mitmenschen. Diese drei lernen mich gesunde Demut, Achtsamkeit, Zuversicht, bedingungslose Liebe und wachsende Ausdauer. Das Aneignen dieser Fähigkeiten hilft bei der Beschäftigung mit politischen Themen und den involvierten Menschen.

Das Frauennetzwerk der EVP sensibilisiert Frauen für Politik. Was rätst du Frauen, die denken, sich entscheiden zu müssen zwischen Politik und Familie?



Rebecca Renfer kandidiert am 28. November wieder fürs Gemeindeparlament Münsingen.

«Politik» und «Familie» benötigen Männer und Frauen! Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen Familie und Politik vereinbaren können. Es muss möglich sein, dass stillende Frauen in den Sessionen sitzen. Frauen müssen wissen, dass sie

nicht nur mitverantwortlich für das Wohl der Familie sind. Sie tragen ebenso Verantwortung für das Wohlergehen des Staates und müssen den Schritt wagen, sich und ihre Bedürfnisse aktiv einzubringen. Ich hoffe, dass noch mehr Mütter den Schritt in die Politik wagen und dass breit diskutiert wird, wie Männer und Frauen sich Familienarbeit teilen können.

Wie erlebst du die Zusammenarbeit mit Politikerinnen und Politikern aus andern Parteien?

Grundsätzlich als sehr bereichernd, weil die Auseinandersetzung und die Zusammenarbeit oft einen tiefen Lernprozess ermöglichen und den eigenen Blick weiten. Die EVP ist dafür bekannt, Brückenbauerin zu sein. Diese breit geschätzte Kompetenz möchte auch ich verkörpern, denn sie macht unsere Arbeit nachhaltig und effizient.

Interview:
Susanne Gutbrod-Kunkler

ZU BESUCH BEI

Lukas Rentsch, Vizepräsident EVP BE

Der Wirtschaftsinformatiker FH Lukas Rentsch aus Schalunen ist Vizepräsident der EVP Kanton Bern. Er ist verheiratet, Vater von zwei Kindern und kandidiert für die Exekutive seiner Wohngemeinde Fraubrunnen. Er gibt hier kurz Einblick in seine Arbeit und das, was ihn bewegt.

Warum engagierst du dich gerade in der EVP?

Wie in anderen Bereichen, soll mir auch in der politischen Arbeit mein christlicher Glaube als Richtschnur und Wegweiser dienen. Diese Überzeugung kann ich in der Politik meines Erachtens am besten in der EVP leben – vor allem auch zusammen mit anderen Menschen.

Du stellst dich am 28. November zur Wahl in den Gemeinderat. Welche Anliegen hast du für die Gemeinde Fraubrunnen?

Mir ist es ein Anliegen, dass die Zusammenarbeit respektvoll ist und auf Sachebene geschieht. Dabei will ich mithelfen, ge-

meinsam die bestmöglichen und tragfähigsten Lösungen für unsere Gemeinde zu erarbeiten. Zudem ist für mich zentral, auch auf kommunaler Ebene die Digitalisierungs-Bestrebungen weiter voranzutreiben und auszubauen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen so von digitalen Leistungen der Behörden profitieren können. Ein weiteres Anliegen ist mir die Bildung. Eine attraktive und stabile Schule ist für Fraubrunnen von grosser Bedeutung.

Du engagierst dich als Vizepräsident der EVP Kanton Bern auch kantonal. Was sind dort deine Aufgaben?

Neben ein paar administrativen

Aufgaben bin ich als Vizepräsident der EVP Kanton Bern in erster Linie Mitglied der Geschäftsleitung. Dabei arbeite ich mit, die Kantonalpartei ständig weiterzuentwickeln.

Du arbeitest im Bereich Informatik in der Bundesverwaltung. Wo siehst du in der Verwaltung von Bund, Kanton und Gemeinden den grössten Handlungsbedarf in der Digitalisierung?

Die Digitalisierung erfordert generell ein Umdenken in Bezug auf Geschäftsmodelle. Dies ist in der Verwaltung nicht anders. Dabei gilt es innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen konkrete Projekte umzusetzen, den Ausbau zu umfassenden digitalen Behördenleistungen Schritt für Schritt weiterzugehen und über die föderalen Ebenen hinweg abzustimmen.

Interview: Christof Erne



Lukas Rentsch kandidiert für den Gemeinderat von Fraubrunnen.

Gibt es bei Ihnen noch keine EVP?

Interessiert?

Dann melden Sie sich bei:
Lukas Zimmermann-Oswald
Projektleiter Gemeindewahlen
EVP Kanton Bern

lukas.zimmermann@evp-be.ch
Tel. 076 462 15 40

Das richtige Steuersystem ist eine Frage der Werte

Wegen der progressiven Ausgestaltung der Einkommenssteuer werden auf Bundesebene heute Ehepaare stärker belastet als Konkubinatspaare. Diese Ungerechtigkeit wird als «Heiratsstrafe» bezeichnet und gehört abgeschafft. Doch wie? Ein Diskussionsbeitrag.

Die meisten Kantone haben dies angepasst und setzen unterschiedliche Splittingmodelle ein. Um die Steuerprogression zu brechen, gelangt für Ehepaare im Splittingmodell ein tieferer Steuersatz zur Anwendung, als dies für unverheiratete Paare der Fall ist. Dieses Jahr hat der Grosse Rat des Kantons Bern die Individualbesteuerung beschlossen. Auf Bundesebene fanden während der letzten 30 Jahre diverse Bemühungen zur Abschaffung der Heiratsstrafe statt – bisher erfolglos. Mit der Volksinitiative zur Einführung der Individualbesteuerung wurde jüngst ein neuer Versuch lanciert. Die Unterschriftensammlung ist in vollem Gange und wird von Vertreterinnen und Vertretern von SP, Grünen, die Mitte, FDP, GLP und SVP getragen.

Argument greift zu kurz
Die Initiative wird auf der Strasse

mit dem «Gleichstellungsargument» beworben. Durch die Individualbesteuerung würden negative Erwerbsanreize für Frauen abgebaut. Das heisst, dass mehr Frauen mit einem höheren Pensum arbeiten würden – so das Argument der Befürworterinnen und Befürworter. Diese Argumentation greift für mich aus zwei Gründen zu kurz: Erstens drängt nicht die Heiratsstrafe, sondern die Elternschaft, viele Frauen (und Männer) in ein reduziertes Pensum. Nebst den beträchtlichen finanziellen Belastungen der externen Kinderbetreuung nehmen sowohl das Familien- und Haushaltsmanagement, als auch die Freuden (und Leiden) der Erziehungsarbeit viel Zeit in Anspruch. Zweitens bevorzugt die Individualbesteuerung explizit das Zweiverdienermodell. Meines Erachtens sollte die Politik das Steuersystem so

ausgestalten, dass vom Staat kein Familienmodell explizit bevorzugt wird. Ehepaare sollen ihr Familienmodell frei bestimmen und je nach Situation ihren Bedürfnissen anpassen können – sei es etwa, weil sie Eltern geworden sind oder einer Weiterbildung nachgehen wollen.

Gemeinschaft stärken
Die Individualbesteuerung verlangt von uns, dass wir als «Einzelpersonen» und nicht mehr als «Familie» in eine steuerliche Beziehung zum Staat treten. Das System Individualbesteuerung reduziert dabei jegliche Anreize zur finanziellen Solidarität zwischen Ehepartnern. Ist es konservativ zu sagen, dass die Ehe auch eine (Wirtschafts-)Gemeinschaft bedeutet? Meinetwegen. Der Gemeinschaft «Familie» bedarf es Sorge zu tragen, da darin Beziehung und Solidarität gelernt und gelebt werden. Ob jemand die Individualbesteuerung oder ein Splittingverfahren bevorzugt, hängt somit von der jeweiligen Werterhaltung ab. Gerade deshalb ist ein Splittingssystem,

welches Ehepaare zusammen besteuert und gleichzeitig die Heiratsstrafe abschafft, klar zu bevorzugen. Von der EVP wünsche ich mir, dass sie sich bei der Abstimmung 2024 klar auf der Seite der Familien positioniert.



Anaël Jambers
Politologin, Muri bei Bern

AGENDA

- DV EVP Schweiz**
27. November 2021 in Wettingen
- Volksabstimmung**
28. November 2021
- Wintersession Grosser Rat**
29. November bis
9. Dezember 2021
- Ausserordentliche DV
EVP Kanton Bern**
16. Dezember 2021, 19.30 Uhr
Nägeligasse 9, Bern
- Frauenetzwerk:
Dreiköniginnen-Treffen**
6. Januar 2022, 18.00 Uhr in Köniz
Thema: «Basisstufe – was ist das?»

IMPRESSUM

Herausgeberin:
EVP Kanton Bern, Postfach 2319, 3001 Bern
info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktionsadresse:
Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern
Tel. 031 991 78 91, bev@evp-be.ch

Inserate:
Jordi AG, Belp, Urs Scharnowski
Tel. 031 818 01 46
urs.scharnowski@jordibelp.ch.
Mediendaten:
www.evp-be.ch > Zeitung «Bener EVP»

Adressänderungen:
Bitte schriftlich an EVP Schweiz,
Postfach 2319, 3001 Bern, oder via www.
evppev.ch/kontakt/adressaenderung

Jahresabonnement:
Mitglieder: Fr. 5.–; Freunde / Gönner: Fr. 3.–
Postkonto 30-20312-1 (EVP)

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen:
Atelier Passage, Müllerstrasse 3,
2562 Port, www.atelierpassage.ch,
info@atelierpassage.ch
Tel. 032 331 66 55

WERBUNG

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse
www.prosperita.ch

Spycher-Handwerk AG
Huttwil

www.kamele.ch

FERIEN & SEMINARE

www.cvjm-zentrum.ch

Ruedi Josuran:

**«Lepra ist heilbar.
Helfen Sie jetzt!»**

lepramission.ch

SPITALSCHIFFE
FÜR DIE ÄRMSTEN

Sie können
helfen!

www.mercyships.ch

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

Die EVP im Internet

Über die Anliegen und Aktivitäten der kantonalen, schweizerischen und Jungen EVP (*jev) berichten:

- www.evp-be.ch
- www.evppev.ch
- www.jevp.ch

IDEA
Das Wochenmagazin für die Schweizerische Evangelische Allianz

«IDEA gibt mir wöchentlich einen guten Überblick, was in der evangelischen Welt und darüber hinaus von Bedeutung ist.»

Marc Jost,
Generalsekretär Schweizerische Evangelische Allianz,
EVP Thun

Abonnieren auch Sie das Wochenmagazin IDEA.
Es kostet weniger als eine Tasse Kaffee pro Woche und Sie bleiben auf dem Laufenden. Erfahren Sie, wie Gott in der Gesellschaft wirkt!

www.ideaschweiz.ch

Highlights der Herbstsession

In der vergangenen Herbstsession durfte ich zwei persönliche Highlights erleben.

Der griffige und gute indirekte Gegenentwurf zur «Korrekturinitiative» gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer wurde von beiden Räten angenommen. Die Initiative kann nun zurückgezogen werden. Das war ein grosser Tag für eine glaubwürdige Schweizer Friedenspolitik. Und auch für mich als Co-Präsidentin des Initiativkomitees ist es eine Riesenfreude.

Ausserdem hat der Rat eine Motion von mir angenommen, die fordert, dass die vorgeschriebene Garantiezeit und Gewährleistung für Geräte und Produkte auf fünf Jahre erweitert wird und die Gewährleistung auch in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) nicht mehr ausbedungen werden kann. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Wir berieten im Nationalrat ausserdem Geschäfte wie: Pandemie und Krankenpflege; Gründung der nationalen Institution für Menschenrechte; wirkungsvolleres

Tabakproduktegesetz; die Volksinitiative zur Organspende; Bundesgesetz zur Bekämpfung des missbräuchlichen Konkurses; Aufhebung der Industriezölle; Einführung der Covid-Zertifikatspflicht auch im Parlamentsgebäude und über 50 weitere Vorlagen (Motionen und Postulate nicht eingerechnet). Mehr zur Session wie immer hier: www.evppev.ch/politik/aus-dem-parlament



Marianne Streiff-Feller

Marianne Streiff, Nationalrätin

Kurz-Infos

EVP Nidau befragt Bevölkerung

Bei Kafi und Gipfeli erkundigte sich die EVP Nidau bei Passantinnen und Passanten auf dem Marktplatz nach ihren Wünschen an ihre Wohngemeinde.

Wechsel im Burgdorfer Stadtrat

Die Grossrätin und Betriebsökonomin FH Tabea Bossard-Jenni trat per Ende September



nach neun Amtsjahren als Stadträtin von Burgdorf zurück. Ihre Nachfolgerin ist die 30-jährige Sozialpädagogin Julia Blaser (rechts im Bild).

Legislaturziele 2021–2024

Die EVP-Sektionen Brandis und Worb haben ihre politischen Ziele für die neue Legislaturperiode beschlossen (nähere Angaben unter www.evp-brandis.ch und www.evp-worb.ch).

Neuer Präsident der EVP Ittigen

Matthias Haller wurde als neuer Präsident der EVP Ittigen gewählt. Neu im Vorstand ist zudem Kathrin Zaugg.



Infos zur Zukunft Bahnhof Bern

Rund zwei Dutzend Personen liessen sich am Anlass der EVP Stadt Bern im Info-Pavillon Zukunft Bahnhof Bern über das laufende Grossprojekt informieren.

EVP-Gemeindepräsidentin

In Grosshöchstetten ist Christine Hofer (EVP) als Gemeindepräsidentin unbestritten und wurde für die nächsten vier Jahre still wiedergewählt.

AUGENBLICK

Navigieren in anspruchsvollen Zeiten

Politische Ansichten, soziale Einstellungen und verschiedene Meinungen und Weltbilder scheinen zurzeit die Gesellschaft durch sämtliche Schichten bis hin zu Familien mehr als je zu trennen und Konflikte zu schüren. Konstruktive Gespräche treten in den Hintergrund, sofern man sich überhaupt noch traut, die eigene Meinung kundzutun. Genau in dieser Zeit sehe ich mich als Christin besonders gefordert, meinen Fokus auf den Schöpfer

dieser Welt und somit auch des Menschen zu richten. Auf denjenigen, der uns und unser Leid versteht und Heilung bringen kann. Nur im persönlichen Dialog und im Ringen mit ihm wird es mir gelingen, von Verurteilungen und verfestigten Meinungen abzukommen und mich seinem



Vanessa Staub

Willen mit Akzeptanz unterzuordnen, sodass Gräben überbrückt und Meinungsverschiedenheiten überwunden werden können. Denn ganzheitliches und aufrichtiges Leben in dieser Welt ist nur mit einem Frieden möglich, den Jesus alleine geben kann. Er ist der Weg und die Wahrheit und das Leben (vgl. Johannes 14, Verse 6 und 25–28).

Vanessa Staub, Gemeinderatskandidatin, Jegenstorf

NEUES VOM FRAUENNETZWERK

50 Jahre Frauenstimmrecht

Die Berner EVP-Frauen feiern das Jubiläum des Frauenstimmrechts in der Schweiz, indem sie zweimal darauf zurückblickten.

Am 8. September spazierten wir abends bei mildem Wetter durch die Berner Altstadt und lernten mit dem Audiorundgang «Berna bewegt» herausragende Frauen der Berner Politgeschichte kennen. An den Orten ihres Wirkens und Schaffens, in teilweise authentisch

erhaltener Umgebung, tauchten wir in vergangene Zeiten ein und erlebten «Frauengeschichte» hautnah.

Am 23. Oktober besuchten wir die Sonderausstellung im Historischen Museum: «Frauen ins Bundeshaus! 50 Jahre Frauenstimmrecht». Als fast letztes demokratisches Land der Welt gewährte die Schweiz ihren Bürgerinnen die politischen Rechte. Zehn Nationalrätinnen und eine Ständerätin zogen im November 1971 ins Bundesparlament ein.

In der Ausstellung berichten einige darüber.

Ausblick ins neue Jahr

Am 6. Januar 2022 ab 18.00 Uhr findet in Köniz das 3-Königinnen-Treffen zum Thema «Basisstufe – was ist das?» statt. Schulleiterin Ruth von Känel und die Basisstufenlehrerin Anuschka von Gunten-Streiff werden das Schulmodell «Basisstufe» erklären.

Susanne Gutbrod-Kunkler



Susanne Gutbrod

EN DIRECT DU GRAND CONSEIL

Un large éventail de sujets au Grand Conseil

Lors de la session d'automne du Grand Conseil, les députés du PEV ont traité un large éventail de sujets sous la direction prudente de leur président de groupe parlementaire Markus Wenger.

Concernant le rapport sur le paysage hospitalier bernois, **Tom Gerber**, rapporteur de la Commission de gestion, a appelé à un renforcement de la mise en réseau et de la coopération entre les prestataires du secteur de la santé. **Margret von Bergen** a réussi, par le biais d'une motion, à faire en sorte que les coûts supplémentaires des services de soins pour les personnes atteintes de démence grave soient compensés de manière adéquate dans les soins hospitaliers pour les personnes âgées.

Barbara Streit s'est engagée avec succès pour une augmentation des contributions aux Archives sur l'histoire du mouvement des femmes en Suisse (Fon-

dation Gosteli). Ainsi, la pérennité de cette importante institution de recherche devrait être assurée.

Face au vieillissement croissant de la société, **Philippe Messerli** s'est prononcé pour que les jeunes puissent exercer le droit de vote au niveau communal et cantonal dès l'âge de 16 ans.

Christine Grogg et **Melanie Beutler** se sont engagées en faveur d'une extension de la politique familiale cantonale lors du débat sur le rapport éponyme. Toutefois, la majorité du Grand Conseil a rejeté, pour des raisons financières, des mesures plus ambitieuses visant à renforcer les ressources économiques et pédagogiques des familles.

Tabea Bossard-Jenni a obtenu gain de cause avec sa motion sur la priorisation des subventions pour réussir la transition énergétique. Les nouvelles constructions sur des terrains non bâtis devront être subventionnées à un taux inférieur à celui de la rénovation des bâtiments existants.

Les efforts de **Hanspeter Steiner** en faveur d'une mobilité respectueuse du climat ont également été couronnés de succès. Son postulat pour la création d'un nombre suffisant de bornes de charge pour les véhicules électriques a été accepté par le Grand Conseil, tout comme sa demande d'examiner comment les piles à combustible fonctionnant à l'hydrogène pourraient contribuer à la décarbonisation des transports publics.

En 2011, une réforme a renforcé



Philippe Messerli

l'autonomie et l'indépendance du pouvoir judiciaire. **Hans Kipfer** a soutenu le projet de refléter cette réorganisation, entrée en vigueur il y a dix ans, au niveau constitutionnel également.

Philippe Messerli
député au Grand Conseil, Nidau

VOTATIONS NATIONALES DU 28 NOVEMBRE

Oui à l'initiative sur les soins infirmiers

Le PEV Suisse s'est exprimé en faveur de l'initiative sur les soins infirmiers et de la législation sur le Covid-19. En revanche, le PEV dit non à l'initiative sur la justice.

Initiative sur les soins infirmiers: Le contre-projet du Parlement à l'initiative ne change rien à la surcharge chronique des infirmières qui travaillent déjà actuellement, à leurs conditions

de travail extrêmement difficiles et aux nombreux départs précoces dans la profession. C'est pourquoi l'initiative est nécessaire, puisque, à côté des dispositions incontestées sur la formation du personnel infirmier, elle exige aussi un nombre maximal de patients par infirmière pour garantir la qualité, ainsi que de meilleures conditions de travail pour le personnel.

Loi Covid-19: La législation ne porte que sur les bases

juridiques des mesures prises contre la pandémie. Leur mise en pratique concrète ne fait pas partie du sujet soumis à la votation. Compte tenu des avancées actuelles de la vaccination, une surcharge du système de santé ne peut être évitée qu'avec la stratégie du certificat Covid. Une obligation de certification est un moindre mal par rapport à de nouvelles restrictions de grande envergure pour tous.

Initiative sur la justice: La pratique actuelle consistant à élire les juges fédéraux en tenant compte de la représentation des langues, des régions et des partis a fait ses preuves et est soutenue par tous les camps politiques. Avec la procédure proposée par l'initiative, ce n'est peut-être plus la personne la plus compétente qui sera élue, mais celle qui aura eu de la chance lors du tirage au sort.

PEV CH